

Bundeswehr wird moderner, attraktiver, effizienter

Truppe der Zukunft wird Realität

Einer Neuausrichtung der Bundeswehr auf die Zukunft steht nichts mehr im Weg: Bundesverteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière hat die Details der bevorstehenden Reform vorgestellt. Drei von 32 Standortschließungen betreffen Bayern.

Die Bundeswehr wird effektiver und attraktiver. Am Mittwoch stellte Bundesverteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière die Details der Reform der Streitkräfte vor. Diese war notwendig geworden, da die Strukturen der Truppe wesentlich aus den Zeiten des Kalten Krieges stammten. Auch die rot-grüne Bundeswehrreform, die die Schließung von 105 Standorten besiegelte, bereitete die Truppe nicht ausreichend auf die heute geltenden Anforderungen vor.

Konsequenz dieser Versäumnisse: Die Bundeswehr war nicht ausreichend auf die heutige Sicherheitslage ausgerichtet. Künftig werden die Streitkräfte besser darauf vorbereitet sein, im Sinne der steigenden globalen Verantwortung Deutschlands effektiver für Frieden und Freiheit eingesetzt zu werden. Weiter war die Truppe als Arbeitgeber nicht ausreichend attraktiv. Leistungsgerechte Vergütung, Anwerbe- und Bleibeprämien sowie eine erhöhte Familienfreundlichkeit geben ihr auf diesem Feld ein neues Gesicht. Und: Die Bundeswehr war nicht effizient genug. Nun werden ihre Strukturen stark gestrafft. Die Reform entlastet den deutschen Steuerzahler bis 2015 um insgesamt acht Milliarden Euro.

Die im Rahmen der Neuausrichtung notwendigen Einzelentscheidungen fielen nach intensiver Abwägung und streng nach sachlichen Gesichtspunkten. Experten des Verteidigungsministeriums berieten monatelang darüber, wie die Truppe ihre Ziele möglichst umfassend erreichen kann. Nun

wurde die Schließung derjenigen Standorte beschlossen, deren weiterer Betrieb keinen unersetzbaren Beitrag zur Erreichung dieser Ziele leisten würde. Die Kriterien lauteten dabei Funktionalität, Kosten, Attraktivität und Präsenz in der Fläche.

Die CSU im Deutschen Bundestag hat alles dafür getan, die Einschnitte in Bayern möglichst gering zu halten. Die Christsozialen verwiesen im vertrauensvollen Dialog mit de Maizière auch darauf, dass die Truppe im Freistaat nicht nur geduldet, sondern zu Hause ist. Dennoch stand außer Frage, dass auch in Bayern Standorte geschlossen werden müssen, wenn die oben genannten Kriterien dafür sprechen. Von den 56 bayerischen Standorten mit über 15 Dienstposten werden nur drei komplett aufgelöst. Deutschlandweit gibt es 32 solcher Schließungen.

**Voller Einsatz
für Bayern**

Gerda Hasselfeldt, die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, forderte Bund und Länder auf, zusammen mit den Kommunen Hilfestellungen zu entwickeln: „Ich setze mich für passgenaue Lösungen für die Standorte ein.“ Unter Verweis auf gute Erfahrungen mit der Nachnutzung geschlossener Kasernen sagte sie: „Ich bin sicher: Wenn die Kommunen mit ihrer Ortskenntnis, die Länder mit ihren Möglichkeiten zur Wirtschaftsförderung und der Bund mit der Erfahrung bei der Umwandlung von Kasernen zusammenstehen, wird die Neuausrichtung der Bundeswehr zu einer Chance für alle betroffenen Städte und Gemeinden.“

Sehr geehrte Damen und Herren,

so sehr es mich freut, dass die Sanitätsakademie in der Ernst-von-Bergemann-Kaserne und gegen den erklärten Widerstand der Münchner SPD und der Grünen auch das Landeskommando in der Fürst-Wrede-Kaserne gehalten werden konnte, so sehr bin ich betroffen, dass Teile der Bundeswehrverwaltung in der Dachauer Straße wegverlagert werden. In der Summe werden in München von bisher 2.520 Dienstposten nur noch 1.570 erhalten bleiben.



Ich halte diese Entscheidung für sachlich falsch, da eine Bundeswehrverwaltung örtlich zum Landeskommando gehört. Aber auch diese Entscheidung hätte anders ausfallen können, wenn OB Ude nicht die Bundeswehr zum Abzug gedrängt hätte als einziger Staatchef in Deutschland:

„Die SPD hat sich ausdrücklich dafür ausgesprochen, die anderen Areale für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen, während die CSU dieses Thema anders sieht. Ich bitte Sie, diese Überlegungen bei der anstehenden Debatte um die Bundeswehrreform und die Schließung von Bundeswehrstandorten zu berücksichtigen.“ (Schreiben OB Ude vom 21.09.2011 an Bundesminister de Maizière).

Die viele hunderten Beschäftigten der Bundeswehr in München können sich jetzt vor allem bei OB Ude und Rot/Grün bedanken, dass ihre Interessen verraten wurden, nur um der Stadt Grundstücke zu sichern. Bevor immer wieder neue Bundeswehr-Flächen eingefordert werden, sollte die Stadt doch erst einmal auf den bereits freigegebenen Bundeswehr-Kasernenarealen Wohnungsbau auf die Beine stellen!

Mit freundlichen Grüßen



Vom Abfall zum wertvollen Rohstoff

Koalition stärkt Planungshoheit der Kommunen

Die christlich-liberale Koalition hat am Freitag die Neuregelung wichtiger Fragen der Kreislaufwirtschaft auf den Weg gebracht. Auf Initiative der CSU im Deutschen Bundestag stärkt das entsprechende Gesetz auch die Organisations- und Planungssicherheit der Städte und Gemeinden.

Die christlich-liberale Koalition ermöglicht einen effizienteren Umgang mit Abfällen in Deutschland. Am Freitag verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen von Union und FDP ein neues Kreislaufwirtschaftsgesetz, in dem wichtige Bereiche des Umgangs mit Abfällen neu geregelt wurden. Abfälle können dadurch künftig besser vermieden und das Recycling stärker gefördert werden. Damit legt die Koalition die Grundlage für eine durchgreifende Verbesserung von Ressourcenmanagement und Ressourceneffizienz. Die bisher bereits bestehenden Recyclingquoten werden erhöht. Entsprechend den Vorgaben der EU-Abfallrichtlinie wird eine neue fünfstufige Abfallhierarchie eingeführt. Dies soll zu einer ressourceneffizienteren Schließung der

Stoffkreisläufe führen; so wird etwa der Stellenwert des Recyclings deutlich erhöht.

Das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz schafft außerdem die verordnungsrechtlichen Grundlagen für die Einführung einer einheitlichen Wertstofftonne oder einer einheitlichen Wertstoffeffassung in vergleichbarer Qualität. Danach sollen künftig Verpackungen und stoffgleiche Nichtverpackungen einheitlich und bürgerfreundlich entsorgt werden können. Das Trennen von Abfällen wird hierdurch erheblich erleichtert und das Ressourcenpotential des Hausmülls wesentlich effizienter genutzt.

Die christlich-liberale Koalition konnte den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung in zahlreichen Punkten verbessern. So

haben die Parlamentarier etwa die Möglichkeit geschaffen, die Hintereinanderschaltung von mehreren Verwertungsmaßnahmen zur Pflicht zu machen (Kaskadennutzung). Dadurch wird eine möglichst effektive und nachhaltige Verwertung von Abfällen sichergestellt. Darüber hinaus hatte sich die CSU im Deutschen Bundestag erfolgreich dafür eingesetzt, dass gemeinnützige Sammlungen und die bewährten Wertstoffhöfe in Bayern auch weiterhin möglich bleiben. Gleichzeitig stärkte der Gesetzgeber auf Initiative der Christsozialen die Organisations- und Planungshoheit der Kommunen. Dies ist zur Herstellung eines fairen Interessenausgleichs zwischen kommunalen und privaten Entsorgern notwendig. Gleichzeitig sichert es auch die künftige Zusammenarbeit dieser Entsorgungsträger zugunsten von Verbraucher- und Umweltbelangen.

Diese Woche

Bundeswehr wird moderner, attraktiver, effizienter Truppe der Zukunft wird Realität	1
Vom Abfall zum wertvollen Rohstoff Koalition stärkt Planungshoheit der Kommunen	2
Prävention und Intervention Größter Schutz für die Kleinsten	2
Verhandlungserfolg für den Euro: Griechischer Schuldenstand sinkt Deutscher Haftungsrahmen bleibt stabil	3
Friedrich arbeitet an Demographie-Strategie Gewonnene Jahre bieten Chancen	4
Empfehlungen der Gemeindefinanzkommission umgesetzt Bund übernimmt Kosten für Grundsicherung im Alter	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Prävention und Intervention

Größter Schutz für die Kleinsten

Deutschland bekommt ein neues Kinderschutzgesetz. Familienministerin Dr. Kristina Schröder stellt 120 Millionen Euro zusätzlich für den Schutz der Kleinsten zur Verfügung.

Die christlich-liberale Koalition sagt der Vernachlässigung und dem Missbrauch von Kindern den Kampf an. Das neue Bundeskinderschutzgesetz, das den Bundestag mit den Stimmen von Union und FDP passierte, legt das Fundament für einen besseren Informationsaustausch im Sinne des Wohls der Kinder. Außerdem ermöglichen vorgesehene zusätzliche Mittel in Höhe von 120 Millionen Euro verstärkte Hilfestellungen erfahrener Hebammen für Familien mit einem besonderen Bedarf an Unterstützung.

Künftig werden alle Akteure im Kinderschutz – so etwa Eltern, Kinderärzte, Jugendämter und Familiengerichte – in einem Netzwerk zum präventiven Schutz von Kindern zusammenwirken. Dies garantiert

den bestmöglichen Informationsfluss zwischen den Beteiligten. Im Falle der Vernachlässigung oder Missbrauchs von Kindern gilt für behandelnde Ärzte künftig eine Lockerung der Schweigepflicht, die es ihnen erlaubt, sich mit den zuständigen Behörden auszutauschen.

Wer beruflich mit Kindern oder Jugendlichen zu tun hat, muss nach den Vorgaben des neuen Gesetzes ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen. Mit dieser Maßnahme will die christlich-liberale Koalition verhindern, dass Pädophile entsprechende Anstellungen finden. In einer Anhörung des Bundestages hatten sich Fachleute aus der Praxis und der Wissenschaft mit den Ergebnissen des Gesetzgebungsverfahrens zufrieden gezeigt.

Verhandlungserfolg für den Euro: Griechischer Schuldenstand sinkt

Deutscher Haftungsrahmen bleibt stabil

Die Staats- und Regierungschefs der EU ermöglichen Griechenlands Chancen auf eine grundlegende Sanierung des Staatshaushalts: Banken und Versicherungen erlassen Athen die Hälfte der Schulden. Kanzlerin Dr. Angela Merkel war mit einem starken Verhandlungsmandat nach Brüssel gereist. Der Bundestagsantrag war mit der Kanzlermehrheit beschlossen worden; zusätzlich stimmten auch SPD und Grüne dafür.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat beim EU-Gipfel am Mittwoch und Donnerstag die Interessen Deutschlands erfolgreich vertreten. Bei den Verhandlungen über weitere Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro konnte sie sich auf ein breites Mandat des Deutschen Bundestages stützen, der ihre Verhandlungslinie zuvor in Berlin gutgeheißen hatte. Der Abstimmung gingen eine Regierungserklärung der Kanzlerin sowie eine Grundsatzzdebatte des Bundestages voran, die unter Beobachtern große Aufmerksamkeit erfuhr. Bundeskanzlerin Merkel überzeugte dabei durch eine klar verständliche Begründung für die Notwendigkeit der Stabilisierung hochverschuldeter Euro-Staaten im deutschen Interesse.

Eingangs verdeutlichte Frau Merkel, dass Deutschlands Interesse an einem weiterhin stabilen Euro-Raum nur Realität werden könne, wenn Europa eine Stabilitätsunion werde. Unter dem Beifall des Deutschen Bundestages forderte sie eine tragfähige Bewältigung der Schuldenkrise einiger Euro-Staaten sowie eine langfristige Vorsorge gegen weitere ähnliche Krisen. Dazu müsse die übermäßige Verschuldung zurückgeführt werden. Nach der übereinstimmenden Einschätzung von Experten gilt Deutschland hierbei seit der Einführung der Schuldenbremse weltweit als Vorbild. Frau Merkel lobte Spanien, das sogar kurz vor den Wahlen eine Schuldenbremse in der Verfassung festgeschrieben hat.

Als Ziel der Verhandlungen nannte die Bundeskanzlerin im Parlament, die Verschuldung Griechenlands bis 2020 auf einen Stand von 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurückzuführen. Tatsächlich wurden auf dem folgenden EU-Gipfel entsprechende Maßnahmen beschlossen: Banken und Versicherungen erlassen Athen die Hälfte der Schulden, um den Anstieg der notwendigen Zinszahlungen zu stoppen. Frau Merkel

betonte auch: „Ein Schuldenerlass allein löst die Probleme Griechenlands allerdings nicht. Schmerzhaft und



notwendige Strukturreformen müssen konsequent umgesetzt werden. Hilfen müssen immer an strenge Bedingungen geknüpft sein.“ Außerdem warb Frau Merkel für einen Ausbau

der Rekapitalisierung der Banken, um eine erneute Bankenkrise zu verhindern. Eine stärkere Ausstattung der Finanzinstitute mit jederzeit verfügbaren Mitteln soll deren gegenseitiges Vertrauen stärken.

In ihrer Antwort auf die Regierungserklärung dankte die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt, der Kanzlerin für ihren Einsatz für Deutschland in Europa. Sie unterstützte Frau Merkel in ihrer Ablehnung einer Aufstockung der deutschen Garantien für die EFSF. Auch ein Recht des Rettungsschirms, weitere Mittel von der Europäischen Zentralbank zu beziehen, lehnte Frau Hasselfeldt in Übereinstimmung mit der Bundeskanzlerin ab.

++++ Blick nach links ++++ Blick nach links ++++

Von Terroristen...

In schier unfassbarem Maße fischt „Die Linke“ im trüben Sumpf rund um die kurdische Terrororganisation PKK. So berichtet die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung über zahlreiche personelle Verbindungen zwischen der Partei und der Organisation Yek-Kom, die als „legaler“ Arm der PKK in Deutschland gilt. Yek-Kom ruft kurdischstämmige Menschen mit deutschem Pass unverhohlen dazu auf, „Die Linke“ zu wählen. Die Partei bringt Leute aus der Organisation in Ämter und Parlamente. Diese unterstützen Vereine für „kriminalisierte“ Kurden, organisieren Veranstaltungen wie das Zilan-Frauenfestival – benannt nach einer Selbstmordattentäterin! – oder lobbyieren für die Interessen der PKK. Ein absoluter Hammer: Nick Brauns, Mitarbeiter der „Linke“-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke, stellt auf Veranstaltungen ein neu auf Deutsch erschienenes Buch vor. Dessen Autor: der PKK-Chef Abdullah Öcalan.

... und Utopisten

In dieses Bild fügt sich das neue Parteiprogramm der „Linken“, das nun in Erfurt verabschiedet wurde. In gut kommunistischer Tradition wagt die Ex-Staatspartei der DDR den „Großen Sprung“ und landet wie gewöhnlich in der Vergangenheit: So erzählt sie mal wieder das Märchen vom „demokratischen Sozialismus“, fordert wie üblich irrsinnige Steuersätze, den Austritt Deutschlands aus der Nato (die nach roströter Meinung ohnehin aufgelöst werden sollte) und eine Wochenarbeitszeit von 30 Stunden bei konstantem Lohn. Der Gipfel des Wahnsinns: die Forderung nach Freigabe aller (!) Drogen. Als die Parteitagsführung merkte, wie schlecht die Entscheidung außerhalb der verquarnten Sozialistenwelt ankam, pflanzte sie flugs einen ergänzenden Beschluss obendrauf. Vergebliche Liebesmüh! Wer so ein Parteiprogramm beschließt, muss in Bezug auf Rauschmittelkonsum wahrlich nichts mehr erklären.

Friedrich arbeitet an Demographie-Strategie

Gewonnene Jahre bieten Chancen

2060 werden in Deutschland nur noch 65 bis 70 Millionen Menschen leben. Das zeigt der Demographie-Bericht der Bundesregierung, den das Kabinett am Mittwoch beriet. Er enthält auch gute Nachrichten: Die Menschen leben immer länger immer gesünder. In dieser Entwicklung liegen auch Chancen.

Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich hat den ersten Demographie-Bericht einer Bundesregierung vorgelegt. Damit löste er ein wichtiges Versprechen der christlich-liberalen Koalition ein, die sich 2009 vorgenommen hatte, eine ressortübergreifende Demographiepolitik zu entwerfen. Friedrich, ehemaliger Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, koordiniert als Innenminister diese Bemühungen. Der von ihm erarbeitete Demographie-Bericht belässt es nicht nur bei einer Bestandsaufnahme der Situation in Deutschland, sondern entwirft auch klare Visionen für eine gestaltende Politik zum Wohle aller Generationen.

Nur wenige Stunden nach der Beratung des Berichts im Bundeskabinett stellte sich Friedrich der Debatte im Plenum des Deutschen

Bundestages. Dort unterstrich er die Notwendigkeit einer aktiven Demographiepolitik der Bundesregierung. Seit vier Jahrzehnten, so der Minister, verändere sich unser Alltag in vielen Bereichen aufgrund des demographischen Wandels. Er bedauerte, dass es bisher dennoch kaum Ansätze gab, die damit verbundenen Fragestellungen in den Mittelpunkt der politischen Debatte zu stellen. Der Bericht zeigt, dass die Bevölkerungszahl in Deutschland in den nächsten 50 Jahren auf etwa 65 bis 70 Millionen sinken wird. „Ein Drittel der Menschen wird dann 65 Jahre und älter sein, ein Siebtel sogar 85 Jahre und älter“, unterstrich Friedrich vor dem Plenum des Deutschen Bundestages.

Friedrich plädierte dafür, auch die Chancen der demographischen Entwicklung wahrzunehmen. In der Tat

erinnern auch Experten immer wieder daran, dass es sich in erster Linie um eine positive Entwicklung handle, wenn die Menschen immer länger lebten; auch die Pflegebedürftigkeit trete immer später ein. Diese gewonnenen Jahre gelte es entschieden zu nutzen. So lautet auch das erste der vier Ziele, die im Demographie-Bericht der Bundesregierung genannt werden. Darüber hinaus sollen die Wachstumsperspektiven gestärkt, die soziale Gerechtigkeit erhalten und die Handlungsfähigkeit des Staates erhalten bleiben.

Im kommenden Frühjahr will die Bundesregierung eine ressortübergreifende Demographie-Strategie vorlegen. Sie soll konkrete Vorschläge für die von Friedrich bereits am Mittwoch geforderte Vernetzung von Bund, Ländern und Kommunen in dieser Angelegenheit formulieren.

Empfehlungen der Gemeindefinanzkommission umgesetzt

Bund übernimmt Kosten für Grundsicherung im Alter

Die christlich-liberale Koalition entlastet die Städte und Gemeinden um mehr als zwölf Milliarden Euro. Diese Entlastung von historischer Größenordnung gilt als wichtiges Ergebnis der Arbeit der Gemeindefinanzkommission. Der Deutsche Städtetag begrüßte die Entscheidung.

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag die größte Entlastung der Kommunen in der Geschichte der Bundesrepublik beschlossen. Das entsprechende Gesetz erhöht die Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung um viele Milliarden Euro; in drei Jahren wird der Bund die Grundsicherung alleine finanzieren. Bereits im kommenden Jahr übernimmt die unionsgeführte Bundesregierung 45 Prozent der dafür anfallenden Kosten; nach der zuvor geltenden Rechtslage wären es nur 16 Prozent gewesen. Somit stehen den Kommunen 2012 rund 1,2 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Damit werden in den Städten und Gemeinden dringend für andere Zwecke benötigte Mittel frei.

In den nächsten vier Jahren stehen den Kommunen insgesamt über zwölf Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Noch nie gab es eine einseitige und dauerhafte Entlastung der Städte und Gemeinden in dieser Größenordnung. Die Vizepräsidentin des Städtetages, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth, begrüßte die Entscheidung der christlich-liberalen Bundestagsmehrheit mit den Worten, die drückende Last der kommunalen Sozialausgaben werde sich dadurch spürbar verringern.

Bei dem von Union und FDP auf den Weg gebrachten Gesetz handelt es sich um ein konkretes Ergebnis der Erörterungen der Gemeindefinanzkommission. In dieser Arbeitsgruppe sucht die christlich-liberale Koalition

nach nachhaltigen Mitteln zur Entlastung der Haushalte der Städte und Gemeinden in ganz Deutschland. Dabei stach von Beginn an die nachteilige Verteilung der Kosten für die Grundsicherung ins Auge. Die rot-grüne Bundesregierung hatte die Kommunen 2003 dazu verpflichtet, diese Ausgabe zu übernehmen. Nachdem die Kosten für die Grundsicherung seitdem auch stark angestiegen sind, wurde diese Verpflichtung für die Städte und Gemeinden zu einer zunehmend großen Belastung. Die Gemeindefinanzkommission tagt auch nach diesem wichtigen Erfolg für die Kommunen weiter. Deren Stärkung bleibt ein Kernanliegen der christlich-liberalen Koalition und insbesondere der CSU im Deutschen Bundestag.